



Parkgebührenanpassung darf nicht zu Lasten des innerstädtischen Handels gehen! FDP-Fraktion startet Petition.

► Bis zu vier Euro pro Stunde zahlt man in deutschen Großstädten wie Köln oder Frankfurt am Main für das Parken in der Innenstadt. Mit einem Euro und fünfzig Cent pro Stunde war das bisher in Dresden vergleichsweise günstig. Dass die Anpassung der Parkgebührenverordnung nach nunmehr 14 Jahren mit gleichbleibenden Tarifen längst überfällig ist, sieht auch die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat. Allerdings ist die Verwaltungsvorlage, die der ehemalige Baubürgermeister Raoul Schmidt-Lamontain – quasi als letzte Amtshandlung – auf den Weg gebracht hat, eine Frechheit. Die überproportionale Gebührenerhöhung ist nicht nur bürger- und wirtschaftsfeindlich, sie macht das Autofahren auch zunehmend zu einer sozialen Frage. Eine Entscheidung trifft der Rat voraussichtlich im Dezember. Lesen Sie mehr auf Seite 3.

Kein leichter Haushaltsbeschluss

Während Grüne, SPD und Linke immer noch lange und utopische Wunschlisten vorlegen, mahnt die FDP-Fraktion zu einem eher vorsichtigen Haushalt – die finanziellen Auswirkungen der Pandemie sind lange nicht absehbar.

Im Dezember beschließt der Stadtrat den Haushalt für die kommenden zwei Jahre. Während erste Steuerschätzungen vorsichtig optimistisch stimmten und Kürzungen in allen Bereichen des Haushaltes fast übersichtlich erschienen, ist spätestens mit der Novembererschätzung klar, dass die Landeshauptstadt nicht nur einen kurzen Einbruch bei ihren Einnahmen verzeichnet, sondern auch in den Jahren 2023–2025 weitere Auswirkungen zu erwarten hat. Grund sind vor allem die geringeren Gewerbesteuereinnahmen. Aber auch weniger Umsatzsteuer- und Einkommenssteuereinnahmen zeichnen sich ab. Hinzu kommen neu verhandelte Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst und geringere Ausgleichszahlungen vom Freistaat als erwartet.

Könnte die Landeshauptstadt 2019/2020 noch einen Rekordhaushalt von 1,8 Milliarden Euro pro Jahr zuzüglich Liquiditätsreserve von mehr als 40 Millionen Euro be-

schließen, ist der städtische Haushalt nun stark durch die Corona-Pandemie und deren noch nicht absehbaren Folgen belastet. Diesen Rahmenbedingungen trägt der Verwaltungsentwurf zum Haushalt Rechnung, indem Kostensteigerungen minimiert sowie in einer Vielzahl von Bereichen wie der Kulturförderung, in der Kinder- und Jugendhilfe oder bei den Trägern der sozialen Wohlfahrt das Budget leicht gekürzt oder eingefroren wurde. Einzelne Maßnahmen wie das Förderprogramm für Hebammen stehen komplett zur Disposition. Damit auch weiterhin große Teile der freiwilligen Leistungen im Bereich Kulturförderung (Philharmonie, Operette, tjt) sowie Investitionen mit Schwerpunkt Schul- und Kitabau fortgeführt werden können, schlägt die Verwaltung die kreditfinanzierte Auslagerung des Baus des neuen Verwaltungszentrums auf die STESAD vor. Bedeutet: Die Stadt zahlt das neue Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz nicht selbst, sondern



Der Haushalt 2021/2022 ist nicht zuletzt aufgrund von Corona eine Herausforderung.

das Tochterunternehmen. So wird der städtische Haushalt um einen seiner größten Posten entlastet. Auch die Kompromisse beim Umfang der Erhöhung von Kita- und Parkgebühren werden entscheidende Bedeutung in den Haushaltsverhandlungen haben.

Die FDP-Stadtratsfraktion unterstützt diese grundsätzliche Rahmensetzung des städtischen Haushaltes. Christoph Blödner, finanzpolitischer Sprecher der Liberalen, sieht die zusätzlichen Forderungen der anderen Fraktionen zum Haushalt allerdings kritisch: „Aktuell laufen Gespräche zwischen den Fraktionen und es kommen eine Vielzahl weiterer Ausgabenwünsche auf den Tisch. Als FDP-Fraktion stehen wir weiterhin für solide Haushaltspolitik. Keiner weiß, wann die Corona-Pandemie vorbei ist und wie lange es dauert, bis sich die Einnahmen wieder auf Vor-Corona-Niveau stabilisieren. Entsprechend gilt es vorsichtig heranzugehen.“

INHALT / SEITE 2

➤ **Fusion von DREWAG und ENSO**

INHALT / SEITE 3

➤ **Erhöhung der Parkgebühren**

INHALT / SEITE 4

➤ **Fraktion aktuell**

Dresdner Stadtrat beschließt Fusion von DREWAG und ENSO zur SachsenEnergie AG

FDP-Fraktion stimmt für die Fusion. Grüne, CDU und Linke verplanen bereits noch nicht erwirtschaftete Gewinne für soziale Projekte.



Mit der Fusion von ENSO und DREWAG entsteht einer der größten Kommunalversorger Ostdeutschlands.

Die Landeshauptstadt besaß über die Technischen Werke Dresden 100 % der DREWAG, dem städtischen Anbieter für Strom, Wasser und Fernwärme, und 75 % der ENSO. Die übrigen Anteile des

Regionalversorgers ENSO liegen bei Gemeinden im Umland. Mit der Fusion ist der größte Kommunalversorger Ostdeutschlands entstanden, der die Landeshauptstadt Dresden und die Regionalbereiche

in den Landkreisen Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Bautzen und Görlitz umfasst.

Wurden bisher die Ergebnisse der DREWAG zur Querfinanzierung von DVB und Bäder GmbH genutzt, können zukünftig auch die Gewinne der heutigen ENSO für die Verlustrechnung angesetzt und so nicht nur der städtische Haushalt nachhaltig entlastet, sondern auch mit der Stabilisierung des ÖPNV wichtige Ziele zum Klimaschutz verfolgt werden. Die beteiligten Kommunen erhalten eine feste Ausgleichszahlung. Die Liberalen im Stadtrat unterstützten die Entscheidung zur Fusion auf der Ratssondersitzung am 10. November einstimmig.

Kritisch sah Christoph Blödner, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion, jedoch die zahlreichen Änderungs- und Ergänzungsanträge von CDU, Linken und Grünen, die ihre politischen Wünsche direkt in der Firmenpolitik über die staatliche Beteiligung abbilden wollen. „Mit diesen Anträgen wird dem Unternehmen eine Agenda diktiert, die nicht mehr wirtschaftliche Ziele verfolgt, sondern soziale Projekte oder eigene Initiativen wie Blühwiesen unter dem Deckmantel von Klimaschutz versteckt. Hier werden Gelder verplant, die noch nicht einmal erwirtschaftet sind und zu diesem Zeitpunkt die Zukunftsfähigkeit des Querverbundes gefährden. Gewinne sollten zuallererst in die

zahlreichen Baustellen des öffentlichen Nahverkehrs und damit in die DVB fließen.“

Generell begrüßt die FDP-Fraktion ein anvisiertes Innovationsbudget, welches für Klimaneutralität und zusätzliche Projekte Verwendung findet, jedoch erst, wenn nach dem Verlustausgleich von DVB und Dresdner Bäder GmbH weitere Gewinne an die Stadt ausgeschüttet werden können. Erst dann sollten entsprechende Projekte sauber politisch diskutiert werden. Leider reichten die Stimmen der FDP-Fraktion nicht, um die zusätzliche und wenig konkrete Mittelverwendung aus der Fusionsvorlage zu streichen.

Kooperatives Baulandmodell

Der Stadtrat debattierte erneut um die Quote zum sozialen Wohnungsbau – die Liberalen plädieren für eine Absenkung.

2019, noch in der letzten Wahlperiode, beschloss der Stadtrat mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün die Richtlinie zum Kooperativen Baulandmodell. Mit diesem Modell sollen private Bauträger an den Folgekosten der Bebauung, wie der Entwicklung der städtischen Infrastruktur zur Erschließung neuen Baulandes, beteiligt werden. Dabei ist die Beteiligung der Bauherren hieran nicht neu: Schon früher wurden Investoren für die Erschließung von Grünflächen und Straßen sowie für den Kita-Bau herangezogen – bisher wurde alles individuell ausgehandelt. Mit der Kooperativen Baulandentwicklung wurden nun verbindliche und einheitliche Regeln

gesetzt. Aus der Richtlinie ergibt sich auch die Verpflichtung anteilig 30 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauprojekten zu integrieren.

Im Oktober sollte der Stadtrat eigentlich nur eine Ausnahme zur Richtlinie „Kooperatives Baulandmodell Dresden“ beschließen, die Investoren, die vor dem Beschluss zur Richtlinie vertraglich an die Stadt gebunden waren, von dieser 30-Prozent-Regel entbindet. Eine Ausnahmeregelung, die nun die Grundsatzdebatte wieder auf den Plan holte und auch der FDP-Fraktion die Möglichkeit gibt, sich erneut für die 15-Prozent-Quote einzusetzen.

„Die Sozialwohnungsquote von 30 Prozent hemmt den Wohnungsbau in Dresden. Durch eine von uns unterstützte Anpassung des Dresdner Baulandmodells auf 15 Prozent würde das Bauen erleichtert, dadurch könnten mehr Bauprojekte realisiert werden. Im Ergebnis würden mehr Wohnungen in der Stadt zur Verfügung stehen, während gleichzeitig von privaten Bauherren dezidierte Sozialwohnungen geschaffen werden. Der Wohnsituation in Dresden wäre damit doppelt gedient“, kommentiert Christoph Blödner, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Stadtratsfraktion.

In der Senkung der Quote sehen die Liberalen die Möglichkeit, zumin-

dest im Bereich der Sozialwohnungen Verpflichtungen zu reduzieren. „Dem Wohnungsmarkt ist in keiner Weise geholfen, wenn sich aufgrund überhöhter Kosten der Neubau reduziert. Denn nachdem der Leerstand bis 2017 deutlich gesunken ist, hat er sich aufgrund der hohen Bautätigkeit der letzten Jahre auf niedrigem Niveau stabi-

liert. Niedriger Leerstand führt allerdings zu steigenden Mietpreisen. Um dem entgegenzuwirken muss man wiederum mehr Angebote schaffen. Entsprechend ist es aus Sicht der Fraktion zwingend, die Hürden möglichst gering zu halten und einen weiterhin hohen Neubau zu ermöglichen“, so Christoph Blödner weiter.



Die FDP-Fraktion setzt sich erneut für eine angemessene Quote von 15 Prozent ein.

KURZNACHRICHTEN

FDP-Fraktion stellt Antrag für Gedenkort als Zeichen gegen Homophobie

Nach dem Angriff auf ein homosexuelles Paar aus Krefeld Anfang Oktober in der Dresdner Innenstadt, bei dem eines der beiden Opfer verstarb, wünscht sich der CSD Dresden e.V. eine Gedenktafel. Die FDP-Fraktion fordert nun per Antrag die Schaffung eines Erinnerungsortes. Holger Hase, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion begründet das Anliegen: „Was am 4. Oktober im Herzen unserer Stadt geschehen ist, darf nicht totgeschwiegen werden. Für die Vielfalt der Lebensentwürfe einzustehen, bedeutet eben nicht nur, an

schönen Tagen die Regenbogenfahnen zu hissen, sondern auch hinzusehen und aufzustehen, wenn Homophobie und religiöser Extremismus in unserer Stadt Menschenleben fordern. Der von uns erarbeitete Stadtratsantrag beauftragt den Oberbürgermeister in Abstimmung mit den Hinterbliebenen von Thomas L. ein Konzept für eine solche Gedenkstätte zu entwickeln, die uns nicht nur an den Anschlag erinnert, sondern auch mahnt, dass die Werte, für die wir einstehen, verteidigt werden müssen.“

Stadtrat verweigert 1 Mio. Euro für Dynamo

Zusätzlichen Umweltauflagen, die Beseitigung einer Müllkippe und Baukostensteigerungen: Dynamo Dresden bat die Stadt um Unterstützung von 1 Mio. Euro für das neue Trainingszentrum. Das befürworteten nicht alle Stadtratsfraktionen. „Hier wurde eine Neiddebatte entfacht. Die Mittel sollen an den Breitensport gehen – aber auch hier tut der Club als Leitverein eine Menge“, begründet Holger Hase den Zuspruch an Dynamo. Am Ende verweigerte eine Mehrheit aus CDU und Rot-Rot-Grün Dynamo die Unterstützung.

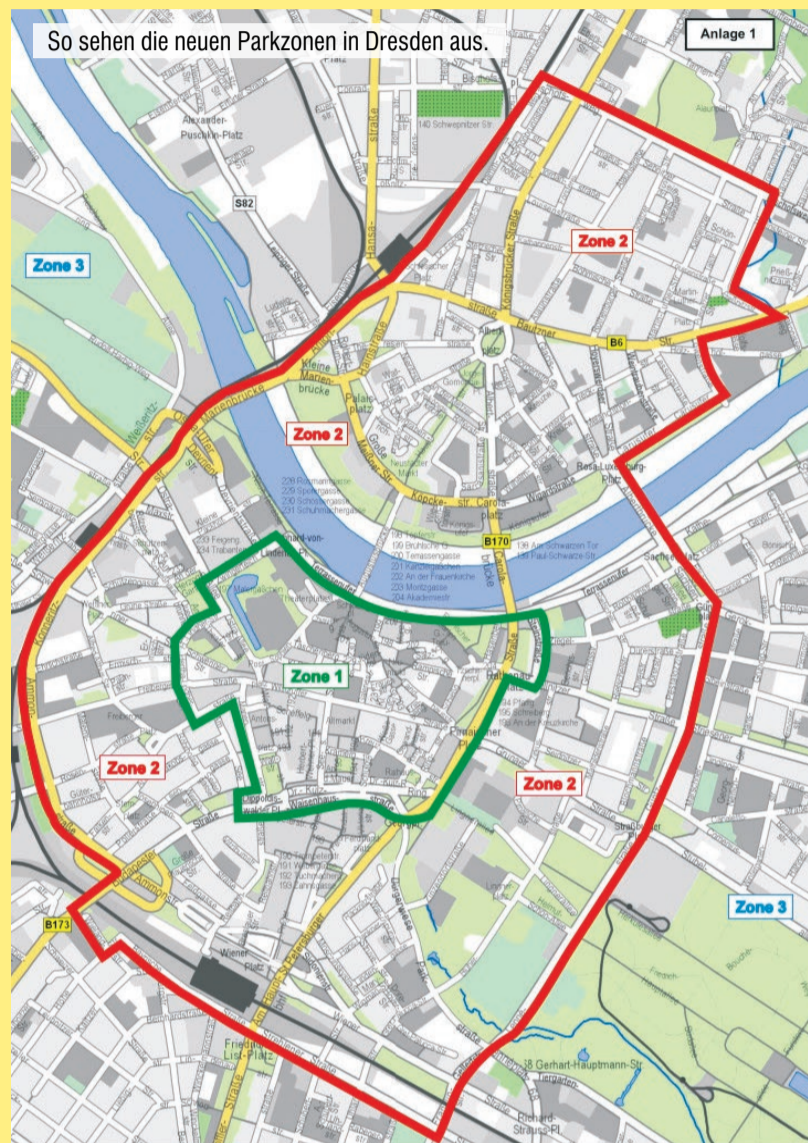
Oberbürgermeister kassiert Ratsbeschluss zum Altmarkt – Start der Sanierung ungewiss

Drainage und Leitungsnetz auf dem Altmarkt müssen dringend erneuert werden. In diesem Zusammenhang wird seit 2018 über das zukünftige Pflaster diskutiert. Entgegen der Verwaltungsvorlage und auf Antrag der Linken beschloss RRG im Oktober nun erneut ganzheitlich geschnittenes Pflaster im Stadtrat. Eine schnelle Interimslösung, die für die Nutzung des Altmarktes als Veranstaltungsfläche sowie die Verbesserung der Barrierefreiheit dringend erforderlich wäre, ist damit zeitnah nicht in Sicht. Da jedoch Geld für

die große Sanierung im Haushalt fehlt, und keiner weiß, wo es herkommen soll, kassierte der Oberbürgermeister den Ratsbeschluss kurzerhand im November wieder. Ein kleiner Erfolg: Im Zuge der geplanten Altmarktsanierung werden dank der Initiative der FDP-Fraktion und des Stadtbezirksbeirats Altstadt die Brunnen im Rahmen der Baumaßnahme ertüchtigt, Ausweichflächen für die Gastronomie während der Bauzeit gesucht sowie die barrierefreie Absenkung der Bordsteine an der südöstlichen Ecke veranlasst.

Stadt plant Verdopplung der Parkgebühren

FDP-Fraktion lehnt die massive Erhöhung der Gebühren für das Parken in der Stadt ab und bringt mit dieser Petition die Interessen der Bürger in die Diskussion ein:



Die Stadt Dresden diskutiert derzeit über die massive Erhöhung der Parkgebühren auf öffentlichen Parkplätzen. Damit sollen neue Einnahmen für den städtischen Haushalt generiert werden. Der Vorschlag der Stadtverwaltung sieht dabei mindestens eine Verdopplung aller Gebühren vor, in manchen Zonen droht sogar eine Vervielfachung. Auf eine Stunde gerechnet sollen die Parkgebühren in der Innenstadt von 1,50 Euro auf 3,00 Euro steigen, in der Neustadt von 0,50 Euro auf 2,00 Euro. Das Tagesticket soll es in einigen Zonen gar nicht mehr geben. Hoch-

gerechnet kostet ein Tag Parken statt 6,00 Euro dann 72,00 Euro. Auch das gebührenfreie Parken am Abend oder am Wochenende soll nicht mehr möglich sein. Die Innenstadtzone wird verkleinert.

Es stimmt, dass die Parkgebühren über eine lange Zeit nicht mehr gestiegen sind. Und sicher ist nach 14 Jahren stabiler Parkgebühren gegen eine moderate Erhöhung nicht viel einzuwenden. Allerdings schiebt die Stadtverwaltung mit ihrem Vorschlag weit über das Ziel hinaus. Von Augenmaß und Angemessenheit kann keine Rede

sein. Die negativen Folgen für die Entwicklung der Innenstadt und der hier ansässigen Unternehmen, insbesondere des ortsgebundenen Einzelhandels, der Gastronomie, der Kultur- und Freizeiteinrichtungen und der Tourismuswirtschaft werden ignoriert. Dass sich zurzeit jede Maßnahme verbietet, die unter der Corona-Krise besonders stark leidende Branchen noch mehr unter Druck setzt, sei auch erwähnt. Ebenso unbeachtet bleiben die gravierenden Auswirkungen für Berufspendler, die ihren Arbeitsplatz in der Innenstadt haben und auf das Auto angewiesen sind sowie für Dienstleister, Handwerker und den Wirtschaftsverkehr insgesamt. Vor allem aber wird das Parken und damit das Nutzen des eigenen Pkw zur sozialen Frage.

Die Stadt investiert herausragend Mittel in den ÖPNV. Enorme und künftig weiter stark wachsende Subventionen fließen in Busse, Bahnen und in Fahrradverleihsysteme. Demgegenüber wird die Verkehrsinfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr sukzessiv schlechter, insbesondere was die Parksituation betrifft. In der Innenstadt sind in den letzten Jahren tausende Stellplätze ersatzlos weggefallen, oft zugunsten von Radwegen. Demnächst fallen weitere Parkplätze in der Kreuzstraße, am Pirnaischen Platz, an der Ringstraße und am Dr.-Külz-Ring weg. Der dringend erforderliche Bau von P+R-Parkplätzen an der Peripherie liegt fast völlig brach. Dafür wurde die sogenannte Parkraumbewirtschaftung bis in die Wohnquartiere vieler Stadtteile ausgeweitet. Kostenfreie Parkplätze gibt es vielerorts gar nicht mehr, selbst für Anwohner nicht. Setzt sich die Stadtverwaltung mit der Erhöhung durch, werden öffentliche Parkplätze auf

	Stadt alt/tgl. 8–20 Uhr	Stadt neu/24 h
in der Zone 1:		
Gebühr Mo bis Sa	0,50 Euro/20 Minuten	1 Euro/20 Minuten
Gebühr So	1 Euro/60 Minuten	1 Euro/20 Minuten
Tagestarif	6 Euro (3 Euro Sonntag)	entfällt
in der Zone 2:		
Gebühr Mo bis Sa	0,25 Euro/30 Minuten	0,50 Euro/15 Minuten
Gebühr So	gebührenfrei	0,50 Euro/15 Minuten
Tagestarif	3 Euro	8 Euro

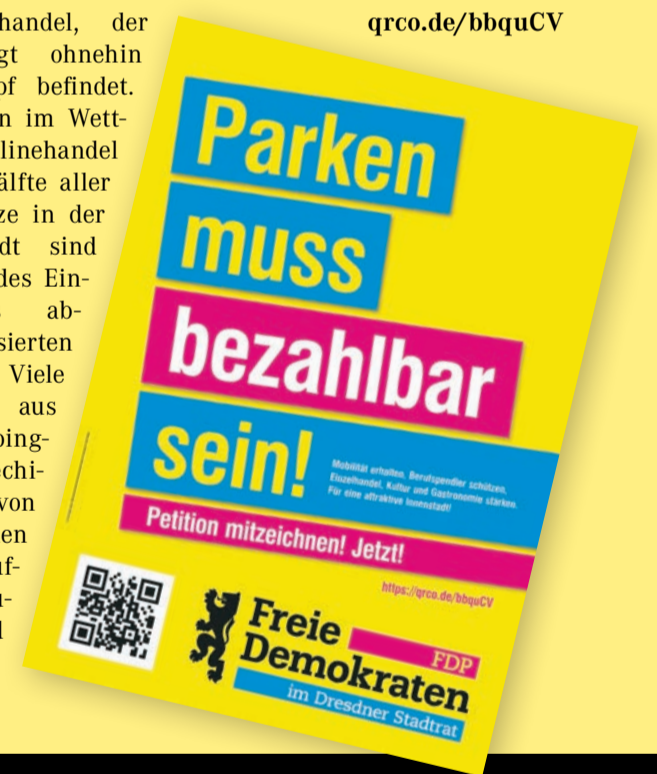
dem Preisniveau privater Parkhäuser, Parkplätze und Tiefgaragen oder sogar darüber sein. Wir sehen hier eine Fehlstellung, die umso bemerkenswerter ist, da Kraftfahrzeugnutzer durch diverse Steuern und Abgaben erheblich in die öffentlichen Kassen einzahlen, aus denen viele Investitionen in den ÖPNV oder die Radinfrastruktur bezahlt werden.

Besonders drastisch treffen höhere Parkgebühren den innerstädtischen Einzelhandel, der sich Corona-bedingt ohnehin im Überlebenskampf befindet. Seine Waffen wirken im Wettbewerb mit dem Onlinehandel stumpf. Etwa die Hälfte aller Einzelhandelsumsätze in der Dresdner Innenstadt sind laut Berechnungen des Einzelhandelsverbandes abhängig vom motorisierten Individualverkehr. Viele Besucher kommen aus dem Umland, Shopping-Touristen aus Tschechien und Ausflügler von überall her. Dresden braucht den Kaufkraftzufluss von außerhalb und wird am Ende über den

sinkenden Anteil an der Umsatzsteuer vermutlich mehr verlieren als es mit den erhöhten Parkgebühren gewinnen wird.

Wir fordern daher, die Parkgebühren nur moderat zu erhöhen. Alles andere wäre aktuell ein fatales Signal gegen die eigenen Bürger, gegen die eigene Wirtschaft und gegen die Besucher der Stadt. Dazu läuft derzeit eine Online-Petition, die Sie unter folgender Adresse mitzeichnen können:

grco.de/bbquCV



KURZNACHRICHTEN

Zweierlei Maß – Corona-Hilfe für Konzessionäre im Rat durchgefallen

Gemeinsam mit der CDU beantragte die FDP-Fraktion im November zusätzliche Mittel für die Konzessionäre, die im Auftrag der Stadt die thematischen Weihnachtsmärkte durchführen – analog zu den 600.000 Euro, die der Rat bereits für den Striezelmarkt beschloss, sollten hier 400.000 Euro als Kompensation für coronabedingte Mehrausgaben eingestellt werden. Alles unter Vorbehalt, dass die Märkte auch stattfinden. Robert Malorny, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion betonte in der Ratsdebatte: „Die

Weihnachtsstadt Dresden ist nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl an Märkten so beliebt und erfolgreich. Handel, Hotellerie und Gastronomie hängen an dem Gelingen. Dieser Zuschuss wäre ein einmaliger Ausgleich zur Finanzierung behördlich angeordneter Hygienemaßnahmen.“ Rot-Rot-Grün verhinderte diese Hilfe, will im November aber mehrere Hunderttausend Euro für Coronatests der Philharmonie-Musiker und coronabedingte Mehraufwendungen fürs Europäische Zentrum der Künste Hellerau einstellen.

Kritik an Zuschuss für Hellerau

Mehrkosten in Höhe von 176.450 Euro hatte das Europäische Zentrum der Künste Hellerau (EZKH) aufgrund von Veranstaltungsabsagen. Gleichzeitig wurden aber auch Kosten für Honorare eingespart. Von diesen Einsparungen ist jedoch der Eigenanteil für drei neue außerplanmäßige Stellen bezahlt worden. Das kritisierte der finanzpolitische Sprecher Christoph Blödner: „Warum werden Minderkosten nicht mit den Mehrkosten verrechnet?“ Am Ende stimmte der Stadtrat ohne FDP-Stimmen dem Zuschuss an das EZKH zu.

Nach Striezelmarktabsage – FDP-Fraktion kämpft für verkaufsoffenen Sonntag

Emotional wird es eine triste Vorweihnachtszeit. Die Absage der Weihnachtsmärkte trifft zudem Händler, Konzessionäre, Hoteliers und Gastronomen wirtschaftlich schwer. Dass die Stadt jedoch vorschnell die verkaufsoffenen Sonntage streicht, ist nicht nachvollziehbar. Für Holger Zastrow könnte zumindest der Einkaufssonntag am vierten Advent erhalten bleiben. „Denn der Stadtrat hat diesen nicht nur an den Striezelmarkt, sondern auch an den Ski-Weltcup und die Weihnachtsstadt Dresden gebunden.

Dresden will auch in Corona-Zeiten Weihnachtsstadt sein und der Ski-Weltcup wird nach aktuellem Stand durchgeführt. Damit erfüllt die Stadt zumindest an diesem einen Sonntag die Kriterien, die zur Durchführung eines verkaufsoffenen Sonntages erforderlich sind. Der ortsgebundene Einzelhandel steckt unverschuldet in seiner größten Krise, ein flächendeckendes Sterben von Läden und der Verlust tausender Jobs droht. Einkaufssonntage könnten helfen und nicht zuletzt Besucherströme in der Vorweihnachtszeit entzerren.

Fraktion aktuell

Jury entscheidet über Heinz-Steyer-Stadion

Am 17. November wurde wohl die wichtigste sportpolitische Investitionsentscheidung der nächsten Jahre gefällt. Im Rahmen des wettbewerblichen Dialoges, an dem sich Arbeitsgemeinschaften aus Architekten, Planern und Bauunternehmern beteiligten, fand die finale Jurysitzung zum Um- und Ausbau des Heinz-Steyer-Stadions statt. Nach fünfstündiger Sitzung, an der sich auch FDP-Stadtrat Holger Hase beteiligte, gab es ein einhelliges Votum der Jury „für eine mutige städtebauliche Lösung. Ich denke, die Dresdnerinnen und Dresdner werden damit zufrieden sein“, resümierte der sportpolitische Sprecher der Liberalen im Dresdner Stadtrat. Für ein Baubudget von 34 Millionen Euro wird die Idee des Ostraparks als multifunktionaler Sportpark mit der Entwicklung des Heinz-Steyer-Stadions zur Leichtathletikarena weitergedacht. Neben 5.000 überdachten Sitzplätzen

sollen mobile Tribünen in den Kurven die Zuschauerkapazität auf bis zu 15.000 Personen erweitern können. Zusätzlich geplant ist der Bau einer Fechterhalle, multifunktionale Sporträume, Fitness- und Tagungsräume, Platz für Sportmedizin, Büros und Vereine sowie Gastronomie. Wenn der Stadtrat den Vorschlag im Januar bestätigt, könnte die neue Arena bereits 2023 fertiggestellt sein.

Gemeinsam für ein weltoffenes Dresden

Gemeinsam mit dem CSD Dresden e.V. nahm auch Robert Malorny als Vertreter der FDP-Stadtratsfraktion an der Mahnwache auf dem Altmarkt mit vielen weiteren Dresdnern, Dresdnerinnen und Gästen am 1. November teil. Anlass war der mutmaßlich homophob motivierte Mordanschlag am 4. Oktober auf ein homosexuelles Paar, welches gerade zu Besuch in Dresden war. Einer der beiden Betroffenen verlor sein Leben.



Auch Robert Malorny gedachte am 1. November der Opfer des Anschlags vom 4. Oktober in der Dresdner Innenstadt.

Mit dieser Gedenkveranstaltung wurde die Stille durchbrochen, schweigend wurde gemeinsam gedacht und gleichzeitig mit lautstarken Reden und deutlich sichtbar im Herzen der Stadt auf das Geschehene aufmerksam gemacht. Nach den Reden wurden in kleineren Gruppen Kränze am Unglücksort in der Schloßstraße niedergelegt.

senbad als Innovations-Campus zu nutzen, um so Arbeitsflächen mit Orten der Erholung zu verbinden und zugleich das Gebäude wieder für die Öffentlichkeit zugänglich

wollen, zeigt, dass ein Badbetrieb allein nicht wirtschaftlich ist.

Aktuelle Themen und neue Initiativen

Anfang November trafen sich die Stadträte der FDP-Fraktion zusammen mit ihren Referenten zur alljährlichen Klausurtagung. Hauptthema war die Vorbereitung der kommenden Haushaltsverhandlungen, die infolge der Corona-Pandemie durchaus Herausforderungen bereithalten. Neben der Arbeit in den jeweiligen Ausschüssen tauschten sich die fünf liberalen Räte aber auch über geplante Anträge und zukünftige Initiativen aus. So stehen das städtische Parkraumkonzept, Radwege und langwierige Straßenbauprojekte ebenso auf der Agenda wie Stadt-



So soll das neue Stadion aussehen.

Einwohnerversammlung zum Sachsenbad – online

Im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens fand am 16. November die Einwohnerversammlung zum Sachsenbad statt. Eine absolute Premiere, sowohl für Oberbürgermeister Dirk Hilbert als auch für den FDP-Stadtrat Christoph Blödner, denn diese wurde im Onlineformat abgehalten. Nach einer kurzen Sachstandsanalyse stand die Verwaltung den eingereichten Fragen Rede und Antwort. Die FDP-Fraktion unterstützt dabei die Vorlage der Verwaltung und befürwortet den Plan, das Sach-



Die FDP-Fraktion gemeinsam mit ihren Mitarbeiter*innen zur Fraktionsklausur

zu machen. Dabei stehen der Erhalt und die zeitnahe Sanierung des Denkmals im Fokus. Auch der Rückzug zweier Bieter im Verfahren, die das Bad als Sportbad bzw. Schwimmhalle mit städtischer Unterstützung hätten betreiben

teilzentren und Freibäder. Auch die Idee der Petition zur Parkgebührenanpassung entstand im Rahmen der Klausurtagung.

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Christoph Blödner, Franz-Josef Fischer, Holger Hase, Robert Malorny und Holger Zastrow.

Kontakt

FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fraktion-dresden.de) Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden Tel. 488 1035, Fax 488 1034 E-Mail fdp-fraktion@dresden.de

Redaktion

Maren Marzilger (V.i.S.d.P.)

Gesamtherstellung:

SDV Direct World GmbH

Bildnachweise

Fraktionsarchiv, Steyer-Stadion: ARGE BAM Sports GmbH / BAM Deutschland AG, O+M ARCHITEKTEN, phase 10.

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4881035



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Hilfe, der Kuchen schrumpft!

Der Kuchen schrumpft nicht in der Backröhre, er steht schon viel kleiner als seine Vorgänger auf dem Tisch. Was macht die kluge Hausfrau, wenn immer mehr Gäste erscheinen werden? Sie schneidet kleinere Stücke, damit jeder gerecht etwas bekommt! Mit dem Haushalt 2021/22 der Stadt Dresden ist es wie mit dem Kuchen, fehlende Steuereinnahmen und alle Corona-Besonderheiten haben ihn



Der Haushalt ist doch kein Monopoly-Spiel!

schrumpfen lassen. Leider verteilt nicht eine „Hausfrau“, also der Oberbürgermeister, allein, sondern viele Stadträte wollen ihn verteilen. Das wäre gut, wenn sie kleinere Portionen, sprich Beträge, wählen würden. Aber gerade diesen Zaubertrick kennen sie nicht.

Alles soll beim Alten bleiben, keine Kürzungen auch nur an irgendeiner Stelle! Da hört der gesunde Menschenverstand auf und es beginnt die unsägliche Parteienpolitik zu wirken. Jedes Wahlversprechen soll ja eingehalten werden, koste es, was es wolle. Die

vernünftigen Stimmen verstummen, das Geschrei der Nichtdenker setzt ein. So wird die Vorbereitung des nächsten Haushaltes eine Farce, die Verwaltung verliert die Übersicht oder/und die Nerven und unter den Fraktionen geht es zu wie beim Monopoly-Spielen. (Verkauf mir die Straße, ich gebe dir ein Hotel usw.)

Das wird nicht gut gehen. Wir haben die Pandemie noch in voller Stärke auf die Wirtschaft drückend und ob später das Geld dann überhaupt reichen wird, das wagt keiner zu sagen. Wenn die Politiker dieses Spiel weiterspielen, dann wird die Zufriedenheit der Bevölkerung weiter abnehmen. Noch haben wir die Medien, die gern bei der Suche nach Schuldigen helfen, aber das kann auch nicht von Dauer sein.

Also denkt darüber nach: Auch ein kleineres Stück Kuchen kann sättigen!

Franz-Josef Fischer